



Detailansicht des Registereintrags

Wirtschaftsforum der SPD e.V.

Stand vom 26.06.2025 16:40:31 bis 21.07.2025 17:24:23

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000328
Ersteintrag:	07.02.2022
Letzte Änderung:	26.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Dorotheenstr. 35 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493040040660 E-Mail-Adressen: mail@spd-wirtschaftsforum.de Webseiten: <u>www.spd-wirtschaftsforum.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

580.001 bis 590.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,04

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Ines Zenke**
Funktion: Präsidentin
2. **Prof. Dr. Susanne Knorre**
Funktion: Schatzmeisterin
3. **Matthias Machnig**
Funktion: Vizepräsident
4. **Philipp Schlüter**
Funktion: Vizepräsident
5. **Michael Wiener**
Funktion: Vizepräsident
6. **Dr. Tanja Wielgoß**
Funktion: Vizepräsidentin
7. **Dr. Peter Güllmann**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (39):

1. **Daniel Arndt**
2. **Daniel Kind**
3. **Laila Linke**
4. **Philipp Sambo Mischon**
5. **Victoria Wolf**
6. **Babette Albrecht-Metzger**
7. **Viola Pröck**
8. **Andrea Luczak**
9. **Oliver Burkhard**
10. **Prof. Dr. Sabina Jeschke**
11. **Hiltrud Dorothea Werner**
12. **Heinz Kreuter**
13. **Barbara Loth**
14. **Boris von Chlebowski**
15. **Christian Heine**
16. **Corinna Schulze**

17. **Dr. Peter Gassmann**
18. **Christian Clarus**
19. **Stefan Giffeler**
20. **Prof. Dr. Thomas Schwarz**
21. **Ralph Müller-Beck**
22. **Margit Conrad**
23. **Andreas Breitner**
24. **Dirk Inger**
25. **Corinna Enders**
26. **Dr. Florian Bieberbach**
27. **Madeleine Buchmann**
28. **Katharina Hiersemenzel**
29. **Lars Leiß**
30. **Florian Rahn**
31. **Fritjof Rindermann**
32. **Dr. Frank Wilhelmy**
33. **Prof. Dr. Ines Zenke**
34. **Prof. Dr. Susanne Knorre**
35. **Matthias Machnig**
36. **Philipp Schlüter**
37. **Michael Wiener**
38. **Dr. Tanja Wielgoß**
39. **Dr. Peter Güllmann**

Gesamtzahl der Mitglieder:

539 Mitglieder am 25.06.2025, davon:

193 natürliche Personen

346 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD)
2. Charta der Vielfalt e.V.
3. KI Park Deutschland e.V.
4. de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabensbereiche

Interessen- und Vorhabensbereiche (85):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Parlamentarisches Verfahren; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Cybersicherheit; Kultur; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Breitensport; Profisport; Tourismus; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Bundeswehrangelegenheiten; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Wirtschaftsforum der SPD ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband und hat als eigenständig eingetragener Verein keine finanziellen, organisatorischen oder strukturellen Verbindungen zu einer politischen Partei.

Der Verband stellt seinen Mitgliedern eine Vielzahl von Konferenz-, Diskussions- und Gesprächsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit und organisiert den Austausch, die Zusammenarbeit mit - insbesondere auch sozialdemokratischen - Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern in Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, Ländern und auf europäischer Ebene.

Ziel ist, den konstruktiven Dialog zu wirtschaftspolitischen Anliegen unterschiedlicher Branchen zu fördern und die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort

Deutschland zu begleiten. Dazu schafft der Verband unterschiedliche Möglichkeiten zum transparenten Austausch und bringt, insbesondere in Form von Strategie- und Grundsatzpapieren, die Stimme seiner Mitglieder in den wirtschaftspolitischen Diskurs an der Seite der Sozialdemokratie ein.

Unsere Mitglieder kommen aus allen Branchen und spiegeln damit den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Im Wirtschaftsforum engagieren sich Unternehmen und Verbände aus der Automobilindustrie, aus der IT- und Software-Branche, aus der Handel- und Konsumgüterindustrie, aus der Energiewirtschaft, aus der Versicherungs- und Bankenbranche, aus der Bau- und Immobilienwirtschaft, aus der Medizintechnik und vielen anderen Bereichen. Darunter sind global agierende Dax- und MDax-Konzerne ebenso wie große, erfolgreiche Familienunternehmen, mittelständische Betriebe, junge, schnell wachsende Startups und internationale Unternehmen mit starker Deutschland-Präsenz. Außerdem unterstützen viele Selbstständige und Unternehmerinnen und Unternehmer das Forum mit ihrer persönlichen Mitgliedschaft.

Das Wirtschaftsforum finanziert sich vollständig aus Eigenmitteln und sieht dies als zwingende Voraussetzung für seine Unabhängigkeit von Partei- oder Regierungsprogrammen sowie Koalitionsvereinbarungen an. Umgekehrt ist jedweder Mittelabfluss zu einer politischen Partei durch die Satzung ausdrücklich verboten.

Konkrete Regelungsvorhaben (43)

1. Einführung einer Regulierungspause für KMU

Beschreibung:

Um neben den bisherigen Einzelmaßnahmen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau bei der Entlastung von Unternehmen weitere Fortschritte zu erwirken, braucht es eine sofortige Regulierungspause / Belastungsmoratorium für KMU. Zugleich müssen die Maßnahmen zum Bürokratieabbau noch engmaschiger auf die tatsächliche Wirkung für die unternehmerische Praxis überprüft werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406170159](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [Beschleunigung der Digitalisierung & Bürokratieabbau in der industriellen Gesundheitswirtschaft](#)

Beschreibung:

1. Mit Blick auf die europäische Gesetzgebung für einen Europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS) gilt es sicherzustellen, dass die künftigen Regelungen mit dem deutschen Gesundheitsdatennutzungsgesetz harmonisieren
2. Durch Abkommen mit den USA, Israel und weiteren Staaten kann das Gesundheitsdatenrecht vereinheitlicht werden, sodass breite Gesundheitsräume entstehen und Forschende Zugriff auf möglichst viele harmonisierte Datensätze haben, die den berechtigten Datenschutzbedürfnissen von Patientinnen und Patienten Rechnung tragen.
3. Parallele Zulassungsverfahren, statt zeitlich nachgelagerte Prüfungsverfahren sind ein wichtiges Entbürokratisierungsmittel, um Forschung & Entwicklung zu beschleunigen und die Marktführung für Unternehmen zurück zu gewinnen.

Betroffenes geltendes Recht:

GDNG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406140073](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. [Einführung eines Reallabor-Gesetzes](#)

Beschreibung:

Reallabore und Experimentierräume können wichtige Testräume für Technologien und Innovation sein und den Transfer zwischen Forschung und Innovation einerseits und der (unternehmerischen) Praxis andererseits fördern. Jedoch gibt es trotz anhaltender Diskussion hierfür keine übergreifenden Standards und rechtlichen Möglichkeiten. Im Zuge des geplanten Reallabor-Gesetzes sollten offensive Chancen zur deutschlandweiten Einführung von entbürokratisierten „Sonderwirtschaftszonen“ genutzt werden.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [[alle RV hierzu](#)]; Verwaltungstransparenz/Open Government [[alle RV hierzu](#)]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406170160](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

4. **Erhöhung finanzieller Spielräume für öffentliche Investitionen**

Beschreibung:

Verschiedene Vorschläge sind in den Gremien des Wirtschaftsforums erarbeitet worden:

- Neuberechnung der Konjunkturkomponente, um eine zusätzliche Nettokreditaufnahme von bis zu 30 Milliarden Euro zu ermöglichen.
- Änderung des Artikels 109 Absatz 3 GG, um eine Ausnahme für öffentliche Nettoinvestitionen aufzunehmen.
- Allgemeinen Verschuldungsspielraum so kalibrieren, dass langfristig die Schuldenquote auf einem Niveau von 60% stabilisiert wird.
- Gezielte Sondervermögen für die großen Ausgaben im Bereich Transformation und Sicherheit im Grundgesetz festschreiben.
- Anpassung des § 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes (HG 2024), um Investitionen in Infrastruktur, Bildung und nachhaltige Technologien explizit von der Schuldenbremse auszunehmen.

Betroffenes geltendes Recht:

BHO [[alle RV hierzu](#)]; GG [[alle RV hierzu](#)]; HG 2024 [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliches Recht [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406200144](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. **Stärkung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und Verbesserung der digitalen Dienstleistungen**

Beschreibung:

- notwendige Anpassungen im OZG, damit zentrale Verfahren und Angebote der öffentlichen Verwaltung endlich vollständig digital zur Verfügung gestellt werden.
- Sicherstellung der Kompatibilität des AI-Act mit sämtlichen nationalen Gesetzen.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 304/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZG-Änderungsgesetz - OZGÄndG)

Betroffenes geltendes Recht:

OZG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406170161** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Stärkung des KI-Standortes Deutschland

Beschreibung:

Um Deutschland und Europa als Standort für die Anwendung wie auch Entwicklung von KI zu stärken, bedarf es Anpassungen in verschiedenen Bereichen:

- Gründungsdynamik erhöhen und Konditionen für Unternehmensgründungen verbessern
- Finanzierungsbedingungen für KI verbessern
- Spitzenforschung stärken, Attraktivität des Wissenschaftsstandorts erhöhen und Wissenstransfer fördern
- Datensicherheit gewährleisten und Harmonisierung von Datenschutzstandards vorantreiben
- Zugang zu Daten sicherstellen und Datenqualität verbessern
- Potenziale der KI durch innovationsorientierte Regulierung nutzen
- Urheberrechte sichern und praxistaugliche Verifizierungsmechanismen KI-generierter Inhalte einführen
- Mitbestimmung und Weiterbildung stärken

Betroffenes geltendes Recht:

[BDSG 2018 \[alle RV hierzu\]](#); [HRG \[alle RV hierzu\]](#); [UrhG \[alle RV hierzu\]](#); [BetrVG \[alle RV hierzu\]](#); [GDNG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#); Urheberrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406170162 \(PDF - 42 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

7. Bessere Standortbedingungen für den industriellen Einsatz von Biotechnologie

Beschreibung:

- Kapitalfluss erleichtern, Finanzierungsbedingungen und steuerliche Anreize für Biotechnologie verbessern.
- Stärkung des Patentschutzes: Ausgewogener Patentschutz fördert Innovationen und sichert Investitionen ohne Monopolbildung.
- Politische Koordination: Staatssekretärsausschuss zur Überwachung und Verbesserung der Rahmenbedingungen.
- Unterstützung des Mittelstands: Steuerliche Begünstigungen und Förderungen für KMU und Mid-Caps zur Innovationsförderung.
- Förderung der Biotechnologie-Ausbildung und unternehmerischer Tätigkeiten zur Entwicklung qualifizierter Fachkräfte und innovativer Startups.
- Einbindung in internationale Forschungsnetzwerke für Technologietransfer und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
- Transparente Informationen und Einbindung der Öffentlichkeit

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Artenschutz /Biodiversität [alle RV hierzu]; Arzneimittel [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200129 (PDF - 28 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Auflage eines Sondervermögens Ukraine und verstärkte Kooperation zwischen deutscher und ukrainischer Wirtschaft**

Beschreibung:

- Finanzierung der Ukraine mittels eines Sondervermögens (für die Verteidigung) und eines revolvingen Marshall-Fonds mit einer zugehörigen Investitionsgesellschaft für Transformation und Wiederaufbau nach Vorbild des ERP-Sondervermögens außerhalb des Haushalts und der für den Haushalt geltenden Schuldenregeln.
- Zudem Entwicklung sektoraler Roadmaps der schrittweisen Kooperation zwischen deutscher und ukrainischer Wirtschaft

Betroffenes geltendes Recht:

[GG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406200134 \(PDF - 8 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. **Reform der Unternehmenssteuern und Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für digitale Investitionen**

Beschreibung:

- Reform der Unternehmenssteuern in Verbindung mit fiskalischen Instrumenten wie der Aufstockung der Mittel des KTF und Verbesserung der Abschreibungsbedingungen.
- Sicherstellung, dass Steuersenkungen mit weiteren Maßnahmen kombiniert werden, um das notwendige Investitionsniveau zu fördern.

Betroffenes geltendes Recht:

[KStG 1977 \[alle RV hierzu\]](#); [EStG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu];
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200146 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

10. Stärkung der Kooperation und Vernetzung in der Pflege

Beschreibung:

Die Pflegewirtschaft steht vor einer Vielzahl komplexer und drängender Herausforderungen, die sowohl politisches Handeln als auch gesellschaftliches Umdenken erfordern:

Ein zentraler Ansatz zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist die verstärkte Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren der Pflegewirtschaft. Es ist jedoch klar, dass die Herausforderungen nicht allein durch finanzielle Mittel bewältigt werden können.

Vielmehr sind Strukturveränderungen und ein Umdenken in der Organisation und Zusammenarbeit erforderlich.

Dazu sind Anpassungen sowohl in den Bereichen SGB XI, SGB V, SGB IX und dem Pflegeberufegesetz nötig.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

11. Konkretisierung der Kraftwerksstrategie + Einführung eines Kapazitätsmechanismus zur Mobilisierung von Investitionen in gesicherte Leistung

Beschreibung:

- Konkretisierung der Kraftwerksstrategie, um den notwendigen Zubau von 25 GW zu erreichen.

- Einführung eines Kapazitätsmechanismus zur Mobilisierung von Investitionen in gesicherte Leistung

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200147 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren**Beschreibung:**

- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren durch klare Priorisierungen, politischen Druck und Flexibilisierung der Prozesse sowie gesetzliche Verankerung von Genehmigungsfiktionen
- Vermeidung von Finanzierungsengepässen bei bestehenden und neuen Infrastrukturprojekten.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VwVfG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200149 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

13. **Modifizierung der Schuldenbremse**

Beschreibung:

Implementierung der "Goldenen Regel", die öffentliche Nettoinvestitionen von der Schuldenbremse ausnimmt:

- Änderung: Anpassen des § 1 des Bundeshaushaltsgesetzes, um eine Klausel aufzunehmen, die Investitionen in Infrastruktur, Bildung und nachhaltige Technologien explizit von der Schuldenbremse ausnimmt.
- Erweiterung der finanziellen Spielräume der Kommunen durch Anpassung der Schuldenregelungen.
- Grundgesetzänderung zur Einführung der "Goldenen Regel" auf Bundes- und Länderebene.
- Anpassung des Artikels 109 Absatz 3 des Grundgesetzes, der die Schuldenbremse regelt, um eine Ausnahme für öffentliche Nettoinvestitionen aufzunehmen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [\[alle RV hierzu\]](#); HG 2024 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406200154](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. **Reformvorschläge für ein zukunftsorientiertes EU-Beihilferecht**

Beschreibung:

- Vereinfachung der Regelungen und Anhebung der Anmeldeschwellen
- Einführung weiterer Freistellungstatbestände

- Verlängerung der Geltungsdauer der AGVO auf mindestens drei Jahre
- Flexibilisierung der De-minimis-Verordnung durch Anhebung der Beihilfesumme auf 500.000 Euro oder Verkürzung des Zeitraums
- Vorbildnahme an der RRF (Recovery and Resilience Facility) zur schnelleren Abwicklung von Förderprogrammen
- Einführung einer speziellen Kategorie im Notifizierungssystem zur bevorzugten Bearbeitung
- Dauerhafte Anpassung und Harmonisierung der beihilferechtlichen Instrumente nach Auslaufen des Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF) Ende 2025
- Verstetigung und Erweiterung der während der Krise implementierten Fördermöglichkeiten

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; WiStruktG [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502030008 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
 WP) [alle SG dorthin]

15. Maßnahmen für ein sinnvolles Strommarktdesign

Beschreibung:

- Optimale Nutzung der Stromnetzinfrastruktur: Dazu gehört u.a. auf der Übertragungsnetzebene das konsequente Freileitungsmonitoring, um höhere Stromflüsse zu gestatten. Auf der Verteilnetzebene kommt es auf die Digitalisierung der Netze, insbesondere in der Mittel- und Niederspannungsebene, an.
- Zielgerichteter Ausbau des Wasserstoff-Verteilnetzes: Das impliziert vor allem eine notwendig enge Kooperation der Netzbetreiber in der integrierten Netzentwicklungsplanung.
- Schaffung zusätzlicher Speicherkapazitäten für die Gewährleistung der Integration erneuerbarer Energien ins System.
- Passgenaue Reform der Netzentgeltstruktur: Gerade bei der bandförmigen Abnahme ist es geboten, dass eine flexiblere Fahrweise nicht pönalisiert wird.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502030010 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

16. Einführung eines Altschulden-Fonds auf Bundesebene

Beschreibung:

Wir sehen die dringende Notwendigkeit, die Altschuldenfrage im Zuge einer umfassenden Reform anzugehen. Wir fordern daher, dass in einer gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern ein umfassender Altschuldenfonds auf Bundesebene geschaffen wird. Die Verfassung muss geändert werden, um die Rahmenbedingungen für einen Altschuldenfonds auf Bundesebene zu schaffen, der durch entsprechende Anstrengungen der Länder zu flankieren ist.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502030012 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

17. Nationale Spitzensportstrategie beschließen

Beschreibung:

Verabschiedung einer Spitzensportreform durch Fortentwicklung eines Sportfördergesetzes auf Grundlage des Entwurfs aus der 20. Legislaturperiode.

Interessenbereiche:

Profisport [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus" [alle RV hierzu]

18. Eins-zu-eins-Umsetzung der europäischen Verpackungsverordnung

Beschreibung:

- Vermeidung von Gold-Plating bei Implementierung der europäischen Verpackungsverordnung auf nationaler Ebene

- Bei gesetzlicher Umsetzung ist das bestehende Mehrweg- und Einwegsystem aufrechtzuerhalten zur Vermeidung zusätzlicher Komplexität

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

19. **Keine bürokratische Verschärfung bei Umsetzung EU-Verbrauchercreditrichtlinie**

Beschreibung:

- Bei etablierten Modellen wie Rechnungs- und Ratenkauf sollte es Ziel sein, eine freie Wahl der Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten (gerade bei geringen Volumina)

Interessenbereiche:

E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

20. **Effiziente Umsetzung der EPBD bei Ausbau von PV im Gewerbeimmobiliensektor**

Beschreibung:

- Bundesweit einheitlicher Rahmen bei Ausbau von PV auf Gewerbedächern
- Ausbauvorgaben der EPBD nicht pauschal übernehmen bei nationaler Umsetzung, sondern Fokus auf Ladeleistung statt Ladepunkte setzen

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

21. **Stabilisierung der Künstlersozialabgaben**

Beschreibung:

- Aufgrund der Kostenentwicklung und für die Planbarkeit sollte die Künstlersozialabgabe (KSA) auf aktuellem Niveau stabil bleiben
- Es sollte geprüft werden, ob der Kreis der Empfänger und Abgabepflichtigen vergrößert werden

Betroffenes geltendes Recht:

KSAbg2025V [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kultur [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

22. **Herstellung von Rechtssicherheit bei Selbständigen in der Kreativwirtschaft**

Beschreibung:

Es bedarf klarerer Kriterien und eine Neuaufstellung des Statusfeststellungsverfahrens nach § 7a SGB IV, die die Arbeitsmodelle der Kreativbranchen berücksichtigt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kultur [alle RV hierzu]

23. **Stärkung des Verbriefungsmarktes**

Beschreibung:

Für die Mobilisierung großer Summen privaten Kapitals braucht es einen gestärkten Verbriefungsmarkt. Dafür sollte ein Verbriefungsgesetz verabschiedet werden, welches die rechtlichen Unsicherheiten und Regelungslücken beseitigt und Deutschland auf den Stand seiner europäischen Nachbarn bringt.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

24. **Ausbau und die Vertiefung der europäischen Spar- und Investitionsunion**

Beschreibung:

Dafür sind die im Zukunftsfinanzierungsgesetz II enthaltenen Maßnahmen aufzugreifen sowie die Erleichterungen aus dem „EU Listing Act“ in deutsches Recht zügig umzusetzen.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

25. **Kapitaldeckung zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung**

Beschreibung:

Zur Stabilisierung zukünftiger Renten ist eine Kapitalabdeckung in der ersten Säule, in Form eines staatlichen Fonds, notwendig.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

26. **Stärkung und Weiterverbreitung der betrieblichen Altersvorsorge**

Beschreibung:

- Vereinfachung und Flexibilisierung der betrieblichen Altersvorsorge und des Sozialpartnermodells
- Absenkung der Beitragsgarantien außerhalb des Sozialpartnermodells auf 80%
- Verbesserung und Dynamisierung der Geringverdienerförderung

Betroffenes geltendes Recht:

BetrAVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

27. Umfassende Reform der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge

Beschreibung:

- Modernisierung der staatlichen geförderten Riesterrente
- Einführung eines einfachen und günstigen Vorsorgeproduktes in Form eines förderfähigen Altersvorsorgedepots
- Absenkung der Beitragsgarantien
- Reduzierung der Antrags- und Zulagenverfahren
- Stärkung der selbst genutzten Wohnimmobilie als Form der Altersvorsorge

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]; AltZertG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

28. Erweiterung der Pflegeversicherung durch private und betriebliche Elemente

Beschreibung:

- Stärkung der privaten Pflegevorsorge
- Stärkung der betrieblichen Pflegevorsorge, auch im Rahmen von tarifvertraglichen Vereinbarungen

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

29. Zeitgemäße Reform des Mietrechts

Beschreibung:

Um Herausforderungen wie Urbanisierung, älter werdende Bevölkerung und nötige Klimaanpassung der Gebäude besser zu adressieren und einen zielgenaueren sozialen Ausgleich zu erreichen, bedarf es einer zeitgemäßen Reform des Mietrechts.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

30. Stärkung der Wohneigentumsbildung

Beschreibung:

- Die Grunderwerbssteuer muss gesenkt oder durch Freibeträge für Selbstnutzer entlastet werden, um die Wohneigentumsquote in Deutschland zu erhöhen.
- Darüber hinaus sollte die Wohneigentumsbildung gestärkt werden durch regelmäßige

Anpassung der Einkommensgrenzen und Förderhöhe bei der Wohnungsbauprämie und der Arbeitnehmer-Sparzulage an die Inflation.

Betroffenes geltendes Recht:

GrEStG 1983 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

31. **Sozial gerechte Umsetzung der EPBD bei Wohngebäuden**

Beschreibung:

Erforderlich ist eine praxisnahe und sozial gerechte Umsetzung der EPBD in nationales Recht ohne „Gold Plating“-Anspruch.

Darüber hinaus bedarf es klarer Vorgaben, verlässliche Förderprogramme und attraktive steuerliche Anreize sowie EU-weit harmonisierte Standards (etwa bezüglich der Einstufung von Gebäuden in Effizienzklassen).

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

32. **Praxistaugliche Anpassungen im Bauvertragsrecht für Einfaches und kostengünstiges Bauen**

Beschreibung:

-Rechtssichere Umsetzung des Gebäudetyps E im BGB, zum Beispiel indem das bestehende Bauordnungsrecht mit seinen Standards auch zivilrechtlich bindend ist, wenn zwischen den Vertragsparteien nichts anderes vereinbart wurde.

-Angleichung und Entschlackung der 16 unterschiedlichen Landesbauordnungen. Dies fördert und vereinfacht den Wohnungsbau und ermöglicht serielles Bauen und Sanieren.

-Zeitgemäße Novellierung des BauGB, insbesondere die vereinfachte Nachverdichtung und Aufstockung und das vereinfachte Bauen in angespannten Wohnlagen (§ 246e BauGB) sind wichtige Punkte.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

33. **Kreislaufwirtschaft bei Baustoffen stärken**

Beschreibung:

-Ziel sollte sein, mit weniger Materialeinsatz zu bauen und Baustoffe nicht zu Abfall werden zu lassen, sondern aus Abbruchmaterialien wieder Baustoffe herzustellen.

-Dabei kann insbesondere die Entlassung mineralischer Ersatzbaustoffe aus dem Abfallregime einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Kreislaufwirtschaft leisten.
-Außerdem sollten die Zulassungsverfahren für Recyclate beschleunigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

34. **Schaffung gezielter Anreize für Innenstadt-Investitionen**

Beschreibung:

Für die Innenstadtentwicklung sollten mehr private Mittel akquiriert werden, um Kommunen zu entlasten. Sinnvoll dafür ist eine Sonderabschreibung für Innenstadt-Investitionen, die für Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie Kulturstätten gilt.

Betroffenes geltendes Recht:

GewStG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

35. **Verbesserte Durchmischung von Gewerbe und Wohnen durch Anpassung der TA Lärm**

Beschreibung:

Um ein Nebeneinander von Gewerbe bzw. Handel und Wohnen in Kerngebieten zu ermöglichen, sollte die TA Lärm angepasst werden: die Messpunkte sind nach dem Grundsatz „Innenmessung statt Außenmessung“ zu verlagern sowie eine Erhöhung der Lärmwertgrenzen sollte in Betracht gezogen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

36. **Reform des Ehegattensplittings**

Beschreibung:

Abschaffung der Steuerklassen III und V sowie Einführung des Faktorverfahrens in Steuerklasse IV

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

37. Einführung eines Gutscheinsystems für haushaltsnahe Dienstleistungen**Beschreibung:**

Um Familien zu entlasten und Schwarzarbeit zu reduzieren, sollte eine Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen über ein Zulagen- und Gutscheinsystem nach belgischem Vorbild sowie flankierende steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse ermöglicht werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

38. Verbesserte Integration von Geflüchteten und ausländischen Fachkräften in den Arbeitsmarkt**Beschreibung:**

- Anerkennung innerbetriebliche Sprachkurse als Teil der offiziellen Integrationskurse
- Einführung eines digitalen One-Stop-Shops für Visa- und Anerkennungsverfahren
- Ausweitung der Westbalkan-Regelung auf weitere Branchen und Länder zur Erleichterung der Erwerbsmigration
- Vereinfachung der Anerkennung internationaler Pflegekräfte durch Kompetenzvermutung

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [\[alle RV hierzu\]](#); AufenthG 2004 [\[alle RV hierzu\]](#); PflBG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Pflege [\[alle RV hierzu\]](#)

39. Aufhebung des Verbots der Zeitarbeit im Bauhauptgewerbe**Beschreibung:**

Das Verbot der Zeitarbeit im Bauhauptgewerbe sollte aufgehoben werden, um dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu sichern.

Betroffenes geltendes Recht:

AÜG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Bauwesen und Bauwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#)

40. Umstellung auf eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit für Arbeitnehmende**Beschreibung:**

Umstellung auf eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit durch eine Harmonisierung einer nationalen Gesetzgebung und der europäischen Arbeitszeitrichtlinie

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

41. Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes**Beschreibung:**

Um das Betriebsverfassungsgesetz an die digitale Arbeitswelt anzupassen, braucht es klare Regelungen zur Mitbestimmung bei der Einführung und Nutzung digitaler Technologien, insbesondere Künstlicher Intelligenz und algorithmischer Entscheidungsprozesse am Arbeitsplatz.

Betroffenes geltendes Recht:

BetrVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

42. Einführung verbindlicher Transparenzvorgaben für Plattform-Unternehmen**Beschreibung:**

Um verbindliche, einheitliche Transparenzvorgaben für alle Plattformen in der EU zu schaffen und eine regulatorische Fragmentierung zu verhindern, sollten die Bestimmungen der EU-Plattformarbeiterrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

43. Änderung des Pull-Verfahrens bei der eAU zu einem Push-Verfahren**Beschreibung:**

Die aktuellen Regelungen zur elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) verursachen unnötige Bürokratie für Arbeitgeber. Ein einfaches Push-Verfahren, bei dem Krankenkassen die Informationen direkt und digital an die Arbeitgeber übermitteln, würde den Verwaltungsaufwand erheblich reduzieren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

80.001 bis 90.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.490.001 bis 2.500.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024-WiFo.pdf](#)